

Handyverbot in Schulen: Österreich setzt auf Konzentration und Kommunikation!

Ab 1. Mai 2024 gilt in Österreich ein Smartphone-Verbot in Schulen bis zur achten Stufe, um soziale Kompetenzen zu fördern.

Österreich - Ab dem 1. Mai 2024 gilt in Österreich ein umfassendes Smartphone-Verbot in Schulen bis zur achten Schulstufe. Dies wurde durch Bildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS) eingeführt, um die Konzentrationsfähigkeit der Schüler zu fördern und soziale Kompetenzen zu stärken. Mobiltelefone, Smartwatches und ähnliche Geräte dürfen während des Unterrichts und bei Schulveranstaltungen nicht benutzt werden, wie **Krone** berichtet.

Die neue Regelung sieht vor, dass Schulpartner wie Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen die Möglichkeit haben, spezifische Ausnahmen zu definieren. Lehrer haben die Befugnis, Handynutzung für Unterrichtszwecke zu erlauben, beispielsweise für Recherchen oder digitale Grundbildung. Wiederkehr hebt hervor, dass dieses Verbot auch eine Entlastung für Schulleitungen und Lehrpersonen darstellt.

Ausnahmen und Regelungen

Bei mehrtägigen Schulveranstaltungen ist eine altersgerechte Nutzung der Geräte zugelassen, insbesondere für die Kommunikation mit Eltern. Zudem dürfen Handys im Unterricht für bestimmte Zwecke wie digitale Wörterbücher oder Workshops zur Internetsicherheit verwendet werden.

Schülerinnen und Schüler sind selbst verantwortlich für die sichere Aufbewahrung ihrer Geräte; Spinde werden als der sicherste Ort empfohlen, das unbeaufsichtigte Verstauen in Schultaschen hingegen nicht.

Bei Regelverstößen können Lehrer die Handys bis zum Ende des Schultags abnehmen. Bei wiederholten Verstößen erfolgt die Rückgabe nur an die Erziehungsberechtigten. Diese Maßnahmen sind Teil eines größeren Ziels, die persönliche Kommunikation während der Pausen zu fördern und die Konzentrationsfähigkeit der Kinder zu verbessern, wie **schule.at** ausführlich erläutert.

Hintergrund und Reaktionen

Vor der Einführung dieser einheitlichen Regelung lag die Entscheidung über Handyregelungen größtenteils in der Verantwortung der Schulen selbst, was zu unterschiedlichen Lösungen führte. Ein weiterer Aspekt, der in der Debatte hervorgehoben wurde, ist die Forderung der Grünen nach einer Altersgrenze von 16 Jahren für die Nutzung von Social Media und nach verlässlichen Alterskontrollen.

Insgesamt wird die neue Verordnung als Schritt in die richtige Richtung angesehen, um ein verantwortungsvolleres Verhalten im Umgang mit digitalen Medien in Schulen zu etablieren, wie auch **ORF** feststellt.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.krone.at • noe.orf.at • www.schule.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at